

Die neue Weltordnung und der Krieg in der Ukraine



Palinchak / Freepik.com

Bei dem durch den russischen Angriff auf die Ukraine am 24.2.2022 ausgelösten Konflikt geht es für die USA nicht alleine um die Zukunft einer eigenständigen Ukraine sondern sehr wohl auch um die Zementierung einer von neokonservativen Strategen nach der siegreichen Beendigung des Kalten Krieges konzipierten Neuen Weltordnung.

Eine Analyse von **Wendelin Ettmayer**

1. Der Kampf um die Ukraine hat schon vor drei Jahrzehnten begonnen

1990, nach dem Sieg im Kalten Krieg hat der damalige amerikanische Präsident George H. W. Bush eine Neue Weltordnung ausgerufen: Der Kern dieser neuen Ordnung bestand darin, dass die USA die damals gewonnene Vorherrschaft in der Welt erhalten und ausbauen wollten.

Charles Krauthammer, ein führender Kommentator des internationalen Geschehens, hat vom „unipolar moment“ gesprochen, also von der einmaligen Gelegenheit für die USA, die Welt alleine zu führen. Francis Fukuyama hat vom „Ende der Geschichte“ geschrieben, weil sich die amerikanischen Werte von Demokratie und Kapitalismus voll durchgesetzt haben. Hillary Clinton hat dann Jahre später diese Haltung bestätigt, wenn sie sagte: „Die Zeit der Interessensphären ist vorbei“, und meinte damit wohl den Rest der Welt. Denn die USA unterhielten nach wie vor weltweit 800 Militärbasen.

Beim Krieg in der Ukraine geht es darum, diese amerikanische Vorherrschaft zu behaupten bzw. darum, wie die Macht in einer künftigen Weltordnung aufgeteilt werden soll. In diesem Sinne hat der amerikanische Präsident Joe Biden erklärt, das Ziel der USA in diesem Krieg ist es, Russland zu besiegen und wenn möglich in Moskau einen regime-change herbeizuführen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi hat sich diesen Forderungen angeschlossen.

Um diese Ziele durchzusetzen, haben die USA eine Waffenhilfe für die Ukraine in der Höhe von \$ 51 Milliarden beschlossen und liefern wesentliche für den Krieg entscheidende Informationen und bilden ukrainischer Soldaten aus.

Der russische Präsident Wladimir Putin wiederum hat vor dem Einmarsch der russischen Truppen am 24. Februar dieses Jahres in einer längeren Rede ausgeführt, dass die Ukraine ein künstlicher Staat ist. Außerdem stellt die massive Aufrüstung unter der derzeitigen Führung in Kiew eine Bedrohung für sein Land dar. Darüber

hinaus hat die ukrainische Regierung alle im Minsker-Abkommen zum Schutz der russisch-sprachigen Bevölkerung gebrochen. Außerdem, so Putin, ist die Zeit der alleinigen amerikanischen Vorherrschaft in der Welt vorbei.

Die Vertreter der Europäischen Union haben in diesem Konflikt ihre Politik total den amerikanischen Interessen untergeordnet. Die größten Errungenschaften der europäischen Einigung wurden aufgegeben, nämlich: Konfrontation durch Kooperation zu ersetzen, Warfare durch Welfare. Aus dem Art. 5 der NATO „alle für einen“ wurde der Artikel F35: alle müssen ihre Waffen bei einem Hersteller kaufen, nämlich bei den USA.

Ray Dalio schreibt in seinem Buch „Why Nations Succeed and Fail“: „International relations are driven by raw power dynamics. There are laws within countries, between them raw power matters“.¹ In diesem Sinne geht es im Krieg in der Ukraine darum, ob das Land weiter unter totaler amerikanischer Vorherrschaft bleibt oder nicht.

2. Geht es in der Ukraine um Werte oder um Interessen?

Im Gegensatz zu der Feststellung, dass es in den internationalen Beziehungen weitgehend um Machtpolitik geht, lesen und hören wir täglich, dass es im Ukraine-Krieg um edle Werte geht; um Demokratie und Freiheit; um die Unabhängigkeit der Ukraine und deren Souveränität.

Wer sich mit der englischen bzw. mit der amerikanischen Außenpolitik befasst, muss zunächst den Nebelschleier der schönen Worte durchbrechen. Offiziell haben nämlich Engländer und Amerikaner in der Geschichte nie um Macht, Interessen oder Gewinne gekämpft, sondern immer nur für edle Werte und gegen das Böse.

Oliver Cromwell etwa hat im „Navigation Act“ von 1651 festgelegt, dass Güter nach England nur auf englischen Schiffen transportiert werden dürfen. Seine Gegner verurteilte er als „Achse des Bösen“ und stellte gleichzeitig fest: „Die Interessen Englands und der Wille Gottes sind deckungsgleich“. Nach der Schlacht von Höchstädt, im Spanischen Erbfolgekrieg, erklärte der siegreiche englische Feldherr John Churchill, 1. Duke of Marlborough, „Wir kämpften für die Freiheit Europas“. Tatsächlich haben die Engländer dann durch den darauf folgenden Frieden von Utrecht das Monopol über den transatlantischen Sklavenhandel erhalten. Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Opiumkriege gegen China von Großbritannien unter dem Motto „open door policy“ geführt. Die Engländer wollten von China Seide, Porzellan und Tee kaufen; die Chinesen wollten aber nicht liefern, vor allem aber nichts kaufen. So wurden sie eben mit Waffengewalt gezwungen, Opium einzuführen.

Präsident Woodrow Wilson, der die USA in den Ersten Weltkrieg geführt hat, gilt heute noch als Ikone des Idealismus. Tatsächlich hat er 1916 seinen Wahlkampf noch unter dem Motto geführt, nicht in den Krieg einzutreten. Als aber dann aufgrund deutscher Siege amerikanische Kriegskredite gefährdet waren, änderte er seine Meinung. Die Vereinigten Staaten traten in den Ersten Weltkrieg ein, „to end all wars and to make the world safe for democracy“, auch bei der Irak-Intervention 2003 ging es dann offiziell darum, „Demokratie in den Nahen Osten zu bringen“.

Bei der Hervorhebung der Werte handelt es sich immer wieder um eine mehrfache Manipulation: tatsächlich geht es oft um politische und wirtschaftliche Interessen. Selbst das sind dann meist nicht nationale Interessen, sondern solche von einzelnen Personen bzw. Gruppen.

In der Ukraine geht es um die Vorherrschaft der USA. Das hat die stellvertretende US- Außenministerin Victoria Nuland schon vor Jahren dem amerikanischen Botschafter in Kiew sehr deutlich mitgeteilt und gleichzeitig gesagt, welche Regierung Washington in der Ukraine haben will. Auf den Einwand des Botschafters, die EU könnte damit nicht einverstanden sein, kam die barsche Antwort: „Wir haben schon Milliarden Dollar in die Ukraine investiert, jetzt werden wir wohl die Regierung bestimmen können“. Kein Wort davon, was eigentlich die Ukrainer wollen.

Was die „ukrainischen Werte“ betrifft, so wurde vor dem Krieg übereinstimmend berichtet, dass die Ukraine keine funktionierende Demokratie ist. Dies vor allem deshalb, weil den verschiedenen Minderheiten die vereinbarten Rechte nicht gewährt wurden, weil die Oppositionsparteien verboten waren und weil kritische Fernsehanstalten schlicht und einfach geschlossen worden sind. Außerdem rangierte der Staat bei Transparency International als einer der korruptesten in der ganzen Welt.

Unbestritten ist die geopolitische Bedeutung der Ukraine. Schon Zbigniew Brzezinski hat geschrieben: Die Ukraine hat eine große Bedeutung auf dem europäischen Schachbrett. Sie ist ein entscheidender geopolitischer Angelpunkt. Und: ohne die Ukraine ist Russland kein Imperium mehr.²

Die USA haben daher in den letzten 30 Jahren eine Politik betrieben, die darauf abzielte, die Ukraine unter die absolute amerikanische Vorherrschaft zu bringen. Seitens der USA wurde alles getan, um die Ukraine in die NATO zu führen. Das wurde von Russland als Demütigung und als Bedrohung der eigenen Sicherheit gesehen. Die USA haben dabei einen Krieg um die Ukraine weitgehend herausgefordert, auf jeden Fall in Kauf genommen.

3. Warum hat die Neue Weltordnung zu Krisen und Kriegen geführt, auch zu jenen in der Ukraine?

Was ist eine Weltordnung? Alle jene Fragen, die innerstaatlich durch eine Verfassung geregelt werden, werden international im Rahmen einer Weltordnung festgelegt, also: Wer hat welche Kompetenzen? Wie wird die Macht aufgeteilt? Welche Regeln gibt es? Wer bestimmt diese Regeln?

Die USA haben den Kalten Krieg total gewonnen: 1989 kam es zum Fall der Berliner Mauer; 1991 zum Zusammenbruch der Sowjetunion. Der Sieg des Westens war absolut. Präsident Bush (Vater) hat dann die Neue Weltordnung ausgerufen, um die absolute Vorherrschaft der USA zu dokumentieren. Diese konnten nunmehr bestimmen, wann und wo Kriege geführt werden. Wer wo regieren darf; ansonsten wurde ein „Regime-change“ initiiert. Auch welche Gesellschaftsordnung ein Land haben durfte; gegebenenfalls marschierten amerikanische Truppen ein, um „Nation-building“ vorzunehmen.

Dann kam es zu zwei Entwicklungen, die einander entgegengesetzte Machtkonstellationen bewirken sollten: die Globalisierung und die Dominanz der Neokonservativen. Die Globalisierung führte dazu, dass Länder, die bisher nur am Rande der Weltwirtschaft standen, wirtschaftlich stärker wurden; die sogenannten BRICS³. Das wurde die Grundlage für eine multipolare Welt, also für eine Welt mit mehreren Machtzentren.

Zur selben Zeit erfolgte der Durchbruch der Neokonservativen als bestimmende Kraft in der amerikanischen Außenpolitik. Ihre zentrale Forderung war: die USA müssen alles tun um die alleinige

² Zbigniew Brzezinski; *Strategic Visions: America and the Crisis of Global Power*; Basic Books 2012

³ Die BRICS-Staaten sind eine Gruppe aufstrebender Volkswirtschaften; BRICS steht für die Namen der Gründerstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Die Organisation wurde 2009 gegründet, eine Erweiterung in absehbarer Zeit ist geplant. Beitrittsanträge von Argentinien und Iran liegen bereits vor, Ägypten, Indonesien, Kasachstan, Saudi-Arabien und Senegal sind am Überlegen.

¹ Ray Dalio; *The Changing World Order-Why Nations Succeed and Fail*; Simon & Schuster; London 2021

Führungsmacht in der Welt zu bleiben und diesen Anspruch, wenn notwendig, mit militärischen Mitteln durchsetzen. Diese beiden Entwicklungen mussten aufeinanderprallen.

Was die Globalisierung betrifft, so wurde vor allem China eine wirtschaftliche Weltmacht, die USA, obwohl zunächst treibende Kraft der Globalisierung, wurden relativ schwächer. So haben die USA nach dem Zweiten Weltkrieg alleine 60% der Welt-Wirtschaftsproduktion hergestellt, 2020 waren es nur mehr 16%. Im selben Zeitraum ist der Anteil Chinas am weltweiten BIP von 2% auf 18,6% gestiegen. (Kaufkraft bereinigt). Eine ähnliche Entwicklung zeigten die Anteile an den globalen Exporten: 1948 kamen 21,6% der Exporte aus den Vereinigten Staaten, nicht einmal ein Prozent aus China. 2021 hingegen betrug der Anteil Chinas an den weltweiten Exporten bereits 15%, jener der USA nur mehr 7,9%. Der Anteil der BRICS-Staaten an den globalen Exporten betrug 2021 bereits 31,6%. Selbst der Dollar als Reservewährung musste Einbußen erleiden. Wurden 1970 noch 77% aller Währungsreserven in Dollar angelegt, waren es 2019 nur mehr 5%.

Dramatisch zurückgegangen ist der Anteil Europas und Nordamerikas an der Weltbevölkerung. Um 1900 lebte ein Drittel der Weltbevölkerung in diesen beiden Regionen, 2021 waren es jeweils gerade noch etwas mehr als 4%.

Neben diesen wirtschaftlichen und demographischen Veränderungen kam es auch zu einer neuen politischen Konstellation. Russland hat sich seit dem Jahre 2000 unter dem neuen Präsidenten Wladimir Putin stark konsolidiert, die chaotischen Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnten überwunden werden. Dabei hat sich Moskau auch um eine Teilnahme an der Neuordnung Europas bemüht und ist 1996 dem Europarat beigetreten.

All diese Entwicklungen zeigen eines: Durch die Globalisierung leben wir zunehmend in einer multipolaren Welt. Dadurch ist die Macht der USA relativ zurückgegangen. Dennoch will Amerika den alleinigen Machtanspruch aufrechterhalten und seine Interessen, wenn notwendig auch militärisch, weltweit durchsetzen.

Warum haben sich in Washington die Neokonservativen so entscheidend durchgesetzt? Warum sind sie so stark geworden? Ein Grund liegt zweifellos darin, dass die Exponenten dieser Bewegung sowohl vom linken als auch vom rechten politischen Spektrum gekommen sind, zum Teil sogar von ganz links. Gleichzeitig haben sie einen starken Einfluss sowohl innerhalb der Demokratischen als auch der Republikanischen Partei ausgeübt.

Darüber hinaus haben sie in Publikationen und Think Tanks eine umfassende außenpolitische Theorie entwickelt. Und vor allem ist es gelungen, diese Theorien in der Praxis umzusetzen.

Schon in der Zeit, in der Präsident Jimmy Carter in seinen Reden und Programmen die weltweite Anerkennung von Demokratie und Menschenrechten forderte, haben Paul Wolfowitz, Richard Perle oder Senator Henry „Scoop“ Jackson verlangt, diese Werte nicht nur zu proklamieren, sondern auch durch aktive Interventionen durchzusetzen. Der Einmarsch in den Irak 2003 war dann ein Musterbeispiel für die Umsetzung dieser Ideologie.

Die Neokonservativen sind vor allem in eigenen Think Tanks und mit einer Reihe von Publikationen äußerst aktiv geworden. Irving Kristol und George Will waren erfolgreiche Autoren; Think Tanks wie die Heritage Foundation oder das American Enterprise Institute haben wesentlich dazu beigetragen, dass der „Military-Industrial Complex“ zu einem „Military-Industrial-Media-Complex“ ausgebaut wurde.⁴ Sie alle proklamierten dasselbe Ziel: die USA müssen militärisch stark und die einzige Führungsmacht in der Welt sein.

Die Neokonservativen waren nicht nur Theoretiker, es ist ihnen auch gelungen, die Außenpolitik und die Strategie ihres Landes zu bestimmen, was in folgenden richtungsweisenden Dokumenten zum Ausdruck kam:

- 1992 wurde die „Defense Policy Guidance“ beschlossen. Darin wird festgehalten, dass die USA eine militärische Führung behaupten müssen, die von niemandem in der Welt infrage gestellt werden darf. Es darf keine neuen Rivalen geben. Somit brauchen die USA keine Verbündeten, sondern nur eine jeweilige ad-hoc Unterstützung, also Vasallen.
- 1996 wurde die „National Security Strategy of Engagement and Enlargement“ verabschiedet. Demnach muss die Sicherheit der USA auf ihrer militärischen Stärke beruhen und man muss auch bereit sein, dafür zu kämpfen.
- 2002 kam es zu einer neuen „National Security Strategy“. Unter dem Motto „Freedom, Democracy and Free Enterprise“ muss man auch, so wird in dieser Doktrin festgehalten, Präventivkriege führen können.

4. Die neue Ordnung in Europa wurde gegen Russland errichtet

Im Rahmen dieser Gesamtstrategie wurde die neue Ordnung in Europa von den USA gegen Russland aufgebaut. Tatsächlich haben die USA ihre Einflussphäre seit Ende des Kalten Krieges in Europa um 1,5 Millionen km² ausgebaut, mit mehr als 150 Millionen Menschen. Verträge mit Russland, wie der ABM-Vertrag wurden einseitig aufgelöst; genauso wie der INF-Vertrag über Intermediate-range Nuclear Forces.

Ganz entscheidend ist, dass die NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands vorangetrieben wurde und damit alle im Zusammenhang mit der Einigung Deutschlands gemachten Zusagen gebrochen worden sind. Raketen wurden an der russischen Grenze aufgestellt und die Ukraine wurde hochgerüstet. George Kennan hat das einmal als „größten Fehler der westlichen Politik“ bezeichnet. Welche Rechtfertigung für diese Vorgangsweise von westlicher Seite auch immer gegeben wird, Russland betrachtet die NATO-Osterweiterung als Bedrohung der eigenen Sicherheit. 1999 wurde Serbien, ein mit Russland befreundetes Land, Monate lang gegen alle Regeln des Völkerrechts von 1200 NATO-Flugzeugen bombardiert, die täglich 800 Einsätze flogen. Auch das wurde von Moskau als großer Vertrauensbruch erachtet.

Im Dezember 2021 hat Präsident Putin Verhandlungen über Sicherheitsgarantien für Russland vorgeschlagen. Die Ukraine sollte kein NATO-Mitglied werden, die Zahl der NATO-Truppen in Ost-Europa sollte begrenzt werden und die USA sollten ihre Atomwaffen aus Europa abziehen. Seitens des Westens wurden diese Vorschläge nicht einmal diskutiert.

Die amerikanische Außenpolitik war aber nicht nur direkt gegen Russland gerichtet, man versuchte auch, die Regierungen der Nachbarländer gegen Moskau auszurichten. Der amerikanische Botschafter Michael McFaul, so hatte man den Eindruck, war mehr bei oppositionellen Gruppen akkreditiert als bei der Regierung in Moskau und in den Nachbarländern wurden unzählige NGOs finanziert, um die amerikanische Politik zu unterstützen. So kam es zu den „Farben-Revolutionen“: 2003 in Georgien, 2004 in der Ukraine und im darauffolgenden Jahr in Kirgisien.

Dabei wurden professionelle Revolutionäre von einem Land in das andere geschickt. Finanziert wurden diese Bewegungen von Institutionen wie dem „International Republican Institute“, dem „National Endowment for Democracy“, dem „Freedom House“, George Soros' „Open Society Foundation“ und unzähligen anderen Institutionen.

⁴ Kubilay Yado Arin; *Think Tanks-The Brain Trust of US Foreign Policy*; Springer 2014

Darüber hinaus haben die USA seit Jahren alles getan, um einen Keil zwischen Russland und Westeuropa zu treiben. Ein wesentliches Ziel dabei war es, die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu verhindern bzw. die Beziehungen zu Moskau zu minimieren. Washington bediente sich dabei der Ressentiments, die zwischen Osteuropäern und Balten gegenüber Russland bestehen. Anstatt zu versuchen, eine Versöhnung herbeizuführen, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen Deutschland und Frankreich gelungen war, hat man die Gegensätze aufgeheizt.

Mit dem Motto „Euer Kampf ist unser Kampf“ sind amerikanische Spitzenpolitiker immer wieder in diese Länder gereist. Für die USA brachten diese Alliierten aus dem „neuen Europa“ viele Vorteile. So stellte etwa George Friedman fest: durch die Bindung Polens an die USA werden russische Streitkräfte gebunden, Europa wird gespalten, die Europäische Union geschwächt.⁵

Dabei muss man diese Isolierung Russlands wohl im internationalen Kontext sehen. Auf der anderen Seite haben nämlich die USA schon 1823 in der „Monroe-Doktrin“ verfügt, dass keine europäische Macht das Recht hat, sich auf dem amerikanischen Kontinent einzumischen. Während der Kubakrise 1962 hat Präsident Kennedy sehr deutlich mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Und als China vor einigen Monaten mit den Salomon-Inseln, die immerhin 10.000 km von Los Angeles entfernt sind, ein Abkommen abschloss, wurde das von Washington als „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ betrachtet.

Andererseits sollen eben amerikanische Interessen weltweit durchgesetzt werden, wobei die Ukraine einen besonderen Platz einnimmt. Diese totale amerikanische Vorherrschaft wird nunmehr von anderen Ländern als überholt angesehen. Wirtschaftlich gestärkt durch die Globalisierung wollen sie verstärkt ihre eigenen nationalen Interessen vertreten.⁶

5. Drei politische Beobachtungen zum Ukraine-Krieg

- Die Annexion der vier Bezirke Luhansk, Donezk, Saprischschja und Cherson kann zu einer neuen militärischen Dimension des Krieges führen. Moskau betrachtet diese Gebiete als Teil der Russischen Föderation. Ein Angriff auf dieses Territorium erlaubt – gemäß der russischen Militärdoktrin – einen atomaren Gegenschlag.
- Die USA haben den Informationskrieg im Westen total gewonnen. Es wird uns nur die ukrainische Seite des Geschehens präsentiert, aus Journalisten wurden Aktivisten. Pierre Conesa hat in seinem Buch „Vendre la Guerre“ über die Wesenszüge der Kriegspropaganda folgendes geschrieben: jede Seite verkündet „Wir wollen diesen Krieg nicht!“. „Der Gegner ist alleine für den Krieg verantwortlich“.

Der Gegner hat das Gesicht des Teufels, so wird Putin mit Hitler gleichgesetzt. Wie die Hervorhebung der „Werte“ in diesem Krieg zeigt, kämpft der Westen für das Gute, der Feind hingegen begeht furchtbare Kriegsverbrechen und setzt außerdem verbotene Waffen ein. Die Verluste der ukrainischen Armee werden minimiert, hingegen werden die russischen Verluste als fürchterlich hingestellt.

Künstler und Intellektuelle werden für die eigene Sache eingesetzt; wer nicht dafür ist, ist natürlich ein Verräter.⁷ Entscheidend dabei ist, dass der „Military-Industrial-Complex“ durch den „Medien-Complex“ ergänzt wurde.

- Der Wirtschaftskrieg hat eine neue Dimension erreicht. Derzeit sind 8.000 amerikanische Sanktionen gegen Staaten, Unternehmen und Privatpersonen auf der ganzen Welt verhängt, wobei Russland am meisten betroffen ist. Auch in diesem Bereich hat Brüssel gegenüber Washington offensichtlich jede Souveränität verloren. War die Friedenspolitik vom Beginn der europäischen Einigung an ein Wesensmerkmal der EU, so versucht man nunmehr von europäischer Seite, die USA auch im Wirtschaftskrieg zu übertreffen. Dabei bedenkt man offensichtlich zu wenig, dass Russland mit dem Rest Europas wirtschaftlich wesentlich enger verbunden war als Nordamerika.

Bei dieser Haltung von führenden Politikern der EU wird man an den Ausspruch erinnert „Staaten sterben nicht durch Mord, sondern durch Selbstmord“. Wenn ein Oligarch seine Yacht verliert, kann er immer noch gut leben. Aber die Zehntausenden Russen, die in ausländischen Betrieben gearbeitet und ihren Job verloren haben, wären vielleicht als Mittelstand die Grundlage einer möglichen demokratischen Entwicklung gewesen. Gerade diese Bevölkerungsgruppe hat man mit den Sanktionen am schwersten getroffen.

6. Wie könnte es weiter gehen?

Die USA haben ihre Kriegsziele erreicht: Russland ist stark geschwächt, Europa wurde in eine Vasallenrolle gedrängt und die Ukraine bleibt unter absoluter amerikanischer Vorherrschaft. Was die Zukunft Russlands betrifft, so ist vieles möglich: Wladimir Putin kann gestärkt aus dem Konflikt hervorgehen, es kann aber auch zu einem „Regime-change“ kommen, gefolgt von einem wirtschaftlichen Chaos und Auflösungstendenzen des Landes.

Europa leidet schon jetzt massiv unter den Sanktionen. Die Frage ist, wie weit wirtschaftliche Schwierigkeiten zu sozialen Protesten führen werden. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass die Europäer für den Wiederaufbau der Ukraine bezahlen müssen, Präsident Selenskyi hat schon bisher Forderungen in der Höhe von \$ 57 Milliarden erhoben.

Aufgrund der Erfolge der USA werden in Amerika bereits Stimmen laut, wie etwa jene von Yale-Professor Stephen Kotkin, die verlangen, die gegenüber Russland praktizierte Vorgangsweise auch gegen China einzusetzen. In entscheidenden Bereichen hat man damit bereits begonnen: die chinesische Regierung wird diabolisiert, wobei Menschenrechte als Waffe eingesetzt werden. China ist von Dutzenden amerikanischen Militärbasen umgeben und Taiwan wird aufgerüstet.

Die vor einer Generation proklamierte Neue Weltordnung hat also zu einer Polarisierung geführt, die letztlich auch die Ursache für den Krieg in der Ukraine wurde.⁸ Der Ausgang dieses Krieges wird entscheidend dafür sein, wie die künftige Weltordnung aussehen wird. Dabei geht es nicht darum, ob die nunmehrige amerikanische Führungsrolle von einer russischen oder chinesischen abgelöst wird. Dem Frieden in der Welt wäre schon damit gedient, wenn in einer Welt unter amerikanischer Führung anderen Ländern gewisse nationale Interessen eingeräumt würden. Eine zum Westen gehörende Ukraine, die sich, nach österreichischem Muster, militärisch neutral erklärt, könnte dafür als Beispiel dienen. 

Dr. **Wendelin Ettmayer**, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; Botschafter; Autor; www.wendelinettmayer.at

E-Mail: wendelin.ettmayer@gmail.com

⁵ George Friedman; *Flash Points-Pulverfass Europa*; Plassen Verlag 2015

⁶ Klaus von Dohnanyi; *Nationale Interessen-Orientierung deutscher und europäischer Politik in Zeiten globaler Umbrüche*; München 2022

⁷ Pierre Conesa; *Vendre la Guerre*; Edition de l'Aube 2022

⁸ Andrew Bacevich; *After the Apocalypse-America's Role in a World Transformed*